

Bezugspreis:
Bietend
für Bad Gms 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgeb.)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Kleinzeile 75 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Römerstr. 96.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 20

Bad Gms, Freitag den 24. Januar 1919.

71 Jahrgang

Giffelturm-Nachrichten

Die griechischen Gebietsforderungen.

Paris, 23. Jan. Die griechische Abordnung auf der Friedenskonferenz hat gemäß der Anfrage Clemenceaus, des Vorsitzenden der Konferenz, an die Bevollmächtigten, ein Schreiben an das Sekretariat der Konferenz gelangen lassen, in dem die verschiedenen Gebietsforderungen Griechenlands, in Nordmazedonien, Thrazien, Kleinasien, Konstantinopel und betreffend die Ägäischen Inseln dargelegt werden. Diese von Benizelos unterzeichnete Denkschrift ist an jeden einzelnen Bevollmächtigten der Friedenskonferenz gerichtet.

Lebensmittelversorgung Polen.

Paris, 22. Jan. Der oberste Rat der Alliierten für die Lebensmittelversorgung billigte die Vorschläge des Komitees bezüglich der Schaffung von Versorgungskommissionen der verbündeten Regierungen in Triest für die Adria-Länder, in Bukarest, in Konstantinopel und in Polen. Nach Entgegennahme eines Berichts über die kritische Lage der Lebensmittelversorgung hat der Rat an Marshall Foch einen Brief gerichtet mit der Bitte, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um über Danzig den Weg zu sichern zur Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Ferner sind Maßnahmen getroffen hinsichtlich der Lebensmittelversorgung Finnlands und dahingehend, daß Deutschland seine Verpflichtungen betreffend die Versorgung der russischen Kriegsgefangenen einhält.

Die Lebensmittelversorgung des Elsaß auf dem Wasserwege.

Konstanz, 22. Jan. Die erste Reise des Dampfschiffes Bille de Baccarat hat die Versorgung des Elsaß durch den Rheinstrom eingeleitet. 100 Tonnen Waren sind von Paris nach Straßburg in 12 Tagen befördert worden. Die Ergebnisse sind sehr ermutigend. Bald werden Metz und das Saarbecken direkt mit Rouen, Lyon, Bordeaux und Marseille durch direkte Verkehrsverbindungen haben.

Veröffentlichtes Wahlergebnis.

Sozialdemokraten	164
Anabhängige Sozialdemokraten	24
Zentrum	88
Deutsche demokratische Partei	77
Deutschnationale Volkspartei	34
Deutsche Volkspartei	23
Faktionslos	11

Letzte Nachrichten.

Erfolg für die französischen Schiffverluste.

Berlin, 23. Jan. Wie verlautet, verlangt Frankreich 20000 Tonnen deutschen Schiffsraumes als Ersatz für die im Kriege verlorenen Tonnage.

Bestimmt eine bürgerliche Mehrheit.

Berlin, 23. Jan. Trotz der noch bestehenden Unklarheiten der Wahlstatistik steht fest, daß eine sozialistische Mehrheit auch dann nicht besteht, wenn man die bayerischen 4 Bauernverbände zu den Sozialdemokraten hinzurechnet.

Ein Putzversuch in Portugal.

Lissabon, 23. Jan. Nach einer Reutersmeldung sind Schiffe nach Oporto, dem Hauptstapel des royalistischen Putzversuches, abgegangen, dessen strenge Blockade angeordnet wird. Die Truppen in Oporto und die republikanische Garde erwarteten sich für die Regierung.

Schutz der Grenze im Osten.

Berlin, 23. Jan. Auf die Anregung der Regierung wurde dieser Tage ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit beteiligt waren, nach Schlesien zum Schutz der Landesgrenze und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier geschickt.

Weitere Einschränkung des Zuverkehrs.

Berlin, 23. Jan. Der Schnellzug- und Personenzugverkehr wird noch weiter eingeschränkt werden infolge der Materialablieferung. Vom 23. Januar ab werden im ganzen Lande nur noch 12 Schnellzüge verkehren. Täglich nimmt die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven erschreckend ab.

Wer untergräbt den Mittelstand?

Die Sozialdemokratie ist die Todfeindin des Mittelstandes. Ferner: Die Sozialdemokratie ist von jeder die Schutztruppe der Börse. Beweis: Die Sozialdemokraten stimmten

- 1881 gegen die Einführung der Börsensteuer,
- 1885 gegen die jährliche Ausgestaltung der Börsensteuer,
- 1894 gegen die erste Erhöhung der Börsensteuer,
- 1900 gegen die neue Erweiterung der Börsensteuer, (sind die Arbeiter an Börsengeschäften interessiert??)
- 1900 gegen die Wettsteuervereinfachung für Wettten bei Rennen,
- 1906 gegen die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Champagner,
- 1902 gegen die Steuer auf inländischen Champagner,
- 1902 gegen alle Bölle auf Luxusgegenstände, wie Äußern, auf Luxusgegenstände, wie persische Teppiche, Edelsteine, Luxuswagen usw. (!!).

1906 gegen die Zolnsteuer (auf Zinsbogen und Gewinnanteilscheine),

1909 gegen die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner,

1906 gegen die Steuererhöhung auf inländischen Champagner,

1909 gegen die Erhöhung des Effektensteuers auf Wertpapiere.

Deshalb müssen am kommenden Sonntag alle Wahlberechtigten des Mittelstandes an der Urne erscheinen, um ihre Stimme für eine der bürgerlichen Parteien abzugeben, die allein die Gewähr geben, daß die Interessen des Bauern-, Handwerker- und Kaufmannstandes sowie der Angestellten aller Betriebe wirksam vertreten werden.

!! Wahlen zur preussischen Landesversammlung Auf die im heutigen Kreisblatt veröffentlichte Bekanntmachung der Wahlvorschlüsse der einzelnen Parteien sei hiermit hingewiesen. Wahlvorschlag 1 ist die Liste der Deutschen Volkspartei, Nr. 2 der Reichheitssozialisten, Nr. 3 der Deutschdemokratischen Partei, Nr. 4 der Deutschnationalen, Nr. 5 des Zentrums, Nr. 6 der Unabhängigen.

Wähler und Wählerinnen!

Bernichtet die Stimmzettel

vom 19. Januar, damit keine Verwirrung entsteht am Sonntag, den 26. Januar, bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung.

Bayern.

Gisners Rede gegen die Volksentscheidung. In der Generalversammlung der Unabhängigen in München sagte Gisner, die Wahlen hätten leider keine sozialistische Mehrheit gebracht. In Bayern drohe der Kleinliberalismus in Preußen herrsche das Junkertum, das schon ganz munter in Polen Krieg führe, in Berlin herrsche Juden vor; kein Mensch vermöge es dort noch auszuhalten. Es sei eine Schande, daß sogar eine Münchener Arbeiterversammlung die Nachricht vom Tode Diebsteins und Zugem... als ein Jubelgeschrei aufnahm.

Aus Bad Gms und Umgegend.

Deutsche Volkspartei. In der gestrigen, sehr zahlreichen besuchten Versammlung von Kandidaten der Partei wurde eine Ortsgruppe Gms der Deutschen Volkspartei gegründet.

Die Wassergeldabgabe für die Monate Oktober, November und Dezember 1918 wird in den nächsten Tagen bei den Zahlungspflichtigen abgeholt.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Bad Gms, am 23. Januar 1919.

Anwesend der Vorsteher Grunisch und 15 Stadtverordnete, vom Magistrat Bürgermeister Dr. Schubert, Beigeordneter Walzer und Schiffe Jild.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Stadtv. Richter den Magistrat, ob es nicht möglich wäre, bezüglich des Postverkehrs mit dem unbefestigten Gebiet bei den hiesigen französischen Behörden Erleichterungen zu erreichen. Bürgermeister Dr. Schubert antwortet, daß die Postbestimmungen genereller Art und für das ganze besetzte Gebiet gälte. Er glaube nicht, daß deren Abänderung durch die hiesigen Kommandanten, dessen Entgegenkommen er dankbar anerkenne, erreicht werden könne. Stadtv. Müller fragt unter Hinweis auf die zwei Eingeklandeten in der Emser Zeitung betreffend den Abbau der weiblichen Hilfsarbeit, ob der Magistrat bereits Schritte in dieser Richtung getan habe. Er könne bestätigen, daß die im städtischen Dienste beschäftigten Damen voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hätten, und wünscht nicht, daß sie so ohne weiteres entlassen würden. Aber dem berechtigten Verlangen der heimkehrenden Krieger müsse Rechnung getragen werden. Der Bürgermeister erklärt, daß von den 11 in Betracht kommenden Damen bereits 5 entlassen seien, eine weitere werde am Samstag ausreisen und von den übrigen 5 je eine am 1. und 3. Februar. Die Abrechnung müsse noch erledigt werden, in die neue Liste nicht gut eingreifen könnten. 5 junge Leute, die vor dem Kriege in der Stadtverwaltung tätig waren, seien bereits wieder eingestellt worden. Diese müßten natürlich neu, die früher in anderen Betrieben gewesen seien, vorgehen. Jedenfalls tue die Stadt, was sie könne, um dem Wunsch ihrer Krieger die aus dem Felde zurückgekehrt seien, nachzukommen. Wenn die Leute, die früher hier beschäftigt waren, alle eingestellt seien, könne das Arbeitsbedürfnis der Stadt als gedeckt gelten. Da für die laut den Bestimmungen vorgesehenen Notstandsarbeiten Kaufleute usw. nicht zur Verwendung finden könnten, so habe die Stadt bereits einen Schwerverletzten und einen anderen beschäftigt, bis sie anderweitig Arbeit gefunden hätten. Uebrigens gebe sich die Stadtverwaltung die größte Mühe, den Leuten, die sich meldeten, eine Stellung zu verschaffen. Außerdem bemerkt der Bürgermeister noch, daß sich an gewissen arbeitsreichen Tagen hiesige Damen freiwillig zur unentgeltlichen Hilfe-

leistung eingefunden hätten, daß also nicht alle Damen, die hier tätig waren, als städtische Hilfskräfte gelten können.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird der letzte Punkt betreffend Bejprechung von Kurangelegenheiten vorweggenommen, da der Bürgermeister später eine Sitzung der Kurkommission in Anwesenheit des Landrats bewohnen will. Dr. Schubert weist darauf hin, daß es sich um zwei Fragen handle, deren wichtigste die sei, wie man in diesem Jahre eine Kur ermöglichen könne, und ferner, was in Zukunft aus dem ganzen Kurverhältnisse werden solle, wie die Verwaltung sich gestalten werde, wer dabei mitzusprechen habe usw. Was der ersten Punkt anlangt, so sei die Stadt auf das Wohlwollen der französischen Besatzungsbehörde angewiesen, und zwar ständen, um hier Schritte zu unternehmen, zwei Wege offen. Entweder wende man sich an Marshall Foch selbst durch Vermittlung der Deutschen Wirtschaftskommission in Mainz (Dr. Bamberger) oder an die Deutsche Waffensstillstandskommission. Auf den zweiten Punkt, die Zukunft der Kurverhältnisse, eingehend, gibt der Bürgermeister einen kurzen Überblick über die neuzeitliche Geschichte der Emser Kur. Das Kurstatut sei in den 70er Jahren erlassen worden, wobei erbitterte Kämpfe gegen dasselbe geführt worden, da die Stadt selbst ihre Rechte nicht preisgeben wollte. Sie hätte auch ihren Willen durchgesetzt, wenn ihr nicht ein Teil der Bürgerschaft in den Rücken gefallen wäre und eine Protesteinsende an die Regierung gerichtet hätte, die die völlige Ausschaltung der Stadt zur Folge hatte. Die Kurtagte setzte nun lediglich die Regierung fest. Gegen dieses Statut wurde im Vorjahre Stellung genommen und die Regierung gebeten, eine neue moderne Kurverwaltung einzurichten, in der die städtischen Rechte mehr Berücksichtigung finden sollten. Man erreichte auch die Forderung, daß die Kurpolizei an die Stadt übergehen und ein neues modernes Büro mit einem Stabsbeamten geschaffen werden sollte. Der Kurkommissar sollte, da seine Erennung ein Recht der Krone sei, bestehen bleiben und ein jüngerer Stabsoffizier dafür in Betracht kommen. Was die Regelung der Kurangelegenheiten betreffe, belaute der Bürgermeister, daß hierbei nur der Domänenfiskus und die Stadt mitzureden hätten; denn beide seien Eigentümer der Quelleneinrichtungen usw. Politische Beamte wie Reg.-Präsident und Landrat hätten als solche nicht mitzubestimmen. Vorsteher Grunisch hält die Debatte hierüber für zwecklos, da keine Unterlagen vorlägen und man doch auch erst die Vorschläge der Kommission zur Wahrung städtischer und Kurinteressen hören sollte. Außerdem sei es unangebracht, diese Gegenstände in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Zwar solle die Sache keinen Aufschub erleiden und die nötigen Vorbereitungen getroffen werden; doch werde die Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwerlich in der Lage sein, sich jetzt mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Dringlicher sei die Frage der Kur in diesem Sommer. Dem wird zugestimmt. Stadtv. Bleichrodt hält jedoch den zweiten Punkt für wichtiger; in dieser Beziehung dürfe nicht gesäumt werden, wenn man etwas erreichen wolle. Die Kurkommission müsse städtisch werden, man müsse die Quellen, die auf Emser Gebiet liegen, in städtisches Eigentum übergehen; über die Gebäude werde sich dann noch verhandeln lassen. Der Bürgermeister betont demgegenüber, daß die Sache ja auch nicht liegen bleiben, sondern noch in diesem Monat wieder aufgenommen werden solle. Er ist auch Vorsteher Grunisch für Erledigung der Angelegenheit, solange die städtischen Körperschaften in dieser Zusammenkunft noch tagten. Aus den übrigen lebhaften Debatte über den Gegenstand ist noch zu erwähnen, daß Stadtv. Graef auf die schlechten Erfahrungen hinwies, die andere Städte mit ihrem Lauffen- und Kurbetriebbeistum gemacht hätten. Danach wird der Gegenstand verlassen, der in späteren zunächst nichtöffentlichen Sitzungen noch weiter behandelt werden soll.

Einführung einer Verwaltungsordnung für die Kaiser-Friedrich-Schule. Nach Beschluß des Magistrats soll die Einrichtung der Elternbeiträge an der hiesigen Kaiser-Friedrich-Schule geschaffen werden. Die Stadt bekommt durch die neue Verwaltungsordnung mehr Einfluß auf die Schule, die Anstellung der Lehrer usw. Es wird zugestimmt.

Instandsetzung des Schifferweges. Die Stadtbauinspektor Gail schreibt, ist die Herstellung des Schifferweges (Zins-Kemmenau) notwendig. Der Magistrat fragt darauf an, ob der ganze 680 Meter lange Weg ordentlich instandgesetzt werden solle, was mehrere 1000 Mark koste, oder ob nur die notwendigen Verbesserungen vorgenommen werden sollten. Die Verwaltung entscheidet sich für das letztere und bewilligt 1000 Mark. Die Instandsetzung soll unter Zugilehung der Stadtv. Hermann und Schupp vorgenommen werden.

Uebnahme einer Bürgerschaft. Bekanntlich ist eine Kriegerhilfskasse geschaffen worden zur Vergabe von Darlehen an heimgekehrte Krieger. Ein hiesiger Einwohner bittet nun um ein Darlehen, worauf der Kreis bei der Stadt anfragt, ob sie die Hälfte der zu leistenden Bürgerschaft übernehmen wolle. Es handelt sich bei der Vorlage des Magi-

Zentrumswähler!

Ihr habt Euch brav gehalten und voll und ganz die Hoffnung erfüllt, die die Partei auf Eure Treue gesetzt hat. Die Wahlkampf für die deutsche Nationalversammlung habt Ihr siegreich bestanden. Schwerer noch ist der Kampf um die Vorhand in der Preussischen Nationalversammlung. Auch hier gilt es die rote Flut einzudämmen. Erscheint deshalb alle reiflos am Sonntag, den 26. Januar an der Wahlurne und gebt Eure Stimme ab für die Liste der Zentrumspartei, deren erster Name lautet:

Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a. Main.

Dr. Stemmler,

Obmann der Zentrumspartei Bad Ems.

Deutsche Volkspartei.

Wähler in Stadt und Land!: Tretet bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung für unsere Kandidatenliste ein. Ihr wählt damit unseren näheren Landsmann den

Landwirt Georg Thielmann in Flacht,

welcher mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Kreises eng vertraut ist und die Interessen desselben tatkräftig vertreten wird.

Dieser Stimmzettel beginnt mit dem Namen:

Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebeschus, Hanau,

Dr. Wilh. Ferd. Kalle, Biebrich a. Rh.,

Landwirt Georg Thielmann, Flacht.

Die Ortsgruppe Diez der Deutschen Volkspartei.

An die Wähler der Zentrumspartei!

Nachdem wir die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung eben getätigt haben, sind alle Wahlberechtigten, und zwar alle in die preussischen Wählerlisten eingetragenen deutschen Wahlberechtigten noch einmal berufen, am Sonntag, den 26. Januar ds. Js. die Wahlen für

die preussische Landesversammlung vorzunehmen.

Nach dem Sturz der Monarchie darf bei der Neuordnung in Preußen nicht die Form der sozialistischen Republik, sondern

nur der demokratischen Republik

eingeführt werden. Das ist die große und schwere Aufgabe der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Wir fordern daher die Wähler der Zentrumspartei, Männer und Frauen, Jungmänner und Jungfrauen auf, am Sonntag, den 26. Januar

Ihre Stimme für die Kandidaten der Zentrumspartei

abgeben.

Keine Stimme darf fehlen!

**Zentrumspartei, Ortsgruppe Diez,
I. A.: ERNST DINSLAGE.**

An erster Stelle der Zentrumsliste für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung (Wahlkreis Hessen-Nassau) steht der als tüchtige Redner bekannte Volksmann

Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a. M. und bitten wir die Wähler der Zentrumspartei bei Abgabe des Stimmzettels hierauf besonders achten zu wollen.

Auf also zur Wahl am 26. Januar!

Erfülle ein jeder seine Pflicht als Staatsbürger und als Christ in dem siegreich verheißenden Kampf.

Für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Stimmzettel sind zu haben bei:

Kaufmann **Ernst Dinslage**, Diez, Lorenzstraße 4.

Pfarrer **Eufinger**, Diez, Oberer Markt.

Schuhmachermeister **Paul Storto**, Diez, Altstadtstraße.

Fabrikant **Eisenbach**, Freindiez.

Deutsch-demokratische Partei!

Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr (neue Zeit)

findet im großen Saale des Hof von Holland, Diez eine Besprechung zur Wahl für die

preussische Landesversammlung

statt, zu der alle Wahlberechtigten von Diez, Freindiez und Umgebung herzlichst eingeladen sind.

Redner: Rektor **Freidenstein**, Wiesbaden.

Der Vorstand.

Unsere Wahlzettel lauten nur:

Martin Kade, Dr. theol.,

Pfarrer a. D., Univ.-Prof., Marburg a. L.

Deutsch-demokratische Partei für Diez u. Umgebung.